

N° 645.

ALLEMAGNE ET DANEMARK

Accord concernant les facilités accordées aux habitants des zones-frontières germano-danoises en matière de passeports, signé à Copenhague le 23 octobre 1920, et Accord complémentaire s'y rapportant, signé à Copenhague le 12 juillet 1921.

GERMANY AND DENMARK

Agreement in regard to increased Passport Facilities for residents in the German-Danish frontier districts, signed at Copenhagen, October 23, 1920, and Supplementary Agreement, signed at Copenhagen, July 12, 1921.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 645. — ABKOMMEN¹ ZWISCHEN DÄNEMARK UND DEM DEUTSCHEN REICH ÜBER DIE ERLEICHTERTEN PASSVORSCHRIFTEN FÜR DIE BEWOHNER DER DEUTSCH-DÄNISCHEN GRENZGEBIETE, GEZEICHNET IN KOPENHAGEN, DEN 23. OKTOBER 1920.

Texte officiel allemand communiqué par le Consul d'Allemagne à Genève et le Ministre de Danemark à Berne. L'enregistrement de cet accord a eu lieu le 18 juillet 1924.

German official text communicated by the German Consul at Geneva and the Danish Minister at Berne. The registration of this Agreement took place on July 18, 1924.

Artikel 1.

Zur Erleichterung des Verkehrs in den Grenzgebieten für dort wohnhafte Personen, die durch Beziehungen verwandtschaftlicher, beruflicher oder wirtschaftlicher Art mit dem anderen Grenzgebiet verknüpft sind und deshalb wiederholt die Grenze überschreiten müssen, werden Pässe ausgestellt, die mit einem Visum der Behörde des anderen Landes zu versehen sind. Dieses Visum berechtigt zum Verkehr über die Grenze lediglich an den im Pass bezeichneten Uebertrittstellen für die Dauer von sechs Monaten. Zur Ausstellung eines solchen Passvisums genügt ein schriftlicher Antrag, wenn dessen Angaben von der zuständigen Polizeibehörde des Heimatlandes des Antragstellers bescheinigt werden. Die für das Visum zuständigen Behörden sind das Deutsche Konsulat in Apenrade und das Dänische Konsulat in Flensburg.

Für dieses Visum darf keine höhere Gebühr als zwei Kronen in Dänemark und fünf Mark in Deutschland erhoben werden.

Unter den Grenzgebieten sind zu verstehen: südlich der Grenze die Landkreise Tondern und Flensburg sowie der Stadtkreis Flensburg, nördlich der Grenze die Aemter Tondern, Apenrade und Sonderburg.

4

Artikel 2.

Das im Artikel 1 behandelte Passvisum wird allen antragstellenden Personen erteilt, sofern nicht besondere Gründe dagegen sprechen.

Solche Ausschliessungsgründe sind insbesondere folgende:

1. Wenn gegen die antragstellende Person eine gerichtliche Untersuchung schwebt.
2. Wenn gegen sie eine gerichtliche Strafe erkannt und noch nicht verbüsst ist.
3. Wenn sie sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.
4. Wenn sie unter Polizeiaufsicht steht.
5. Wenn sie sich grober Verstöße gegen Zollvorschriften oder Ein- und Ausfuhrverbote schuldig gemacht hat.

¹ Cet accord est entré en vigueur au moment de sa signature.

¹This Agreement came into force on the day of its signature.

6. Wenn sie in rechtsgültiger Form seitens einer der beiden Staaten oder seitens der Internationalen Kommission ausgewiesen worden ist.

7. Wenn sie sich in politischer oder sozialer Beziehung in staatsfeindlicher Weise betätigt.

Zur Glaubhaftmachung des Nichtbestehens der Ausschliessungsgründe unter 1-4 genügt die Beibringung einer Bescheinigung der Polizeibehörde des Wohnortes des Antragstellers. Ausserdem fallen Personen, bei denen aus den äusseren Umständen zu entnehmen ist, dass sie nicht zu den angegebenen Zwecken des Grenzverkehrs sondern zu dauerndem Aufenthalt im anderen Lande die Grenze überschreiten wollen, nicht unter die obige Vergünstigung.

Artikel 3.

Wenn plötzliche Erkrankung oder ein Unglücksfall die Unterbringung der betroffenen Person in ein Krankenhaus oder schnelle ärztliche Hilfe auf der anderen Seite der Grenze erfordert, so genügt zur Ueberschreitung der Grenze für die genannte Person und ihre notwendige Begleitung lediglich ein ärztliches Attest.

Artikel 4.

Für die öffentliche Schulen in Flensburg besuchenden Schulkinder ist lediglich die polizeiliche Bescheinigung ihres Schulbesuches erforderlich. Desgleichen ist für die Personen, denen die Unterhaltung der gegenwärtigen Flensburger städtischen Besitzungen an der Grenze im dänischen Gebiet obliegt, lediglich die polizeiliche Bescheinigung ihrer Tätigkeit erforderlich.

Die Bescheinigungen werden von der Flensburger Polizeibehörde nach Benehmen mit der dänischen Grenzpolizei ausgestellt.

Artikel 5.

Der ununterbrochene Aufenthalt im anderen Grenzgebiet darf nur mit Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde drei Wochen übersteigen.

Artikel 6.

Passinhaber, die ausserhalb des Grenzgebietes der Gegenseite ohne allgemeinen vollgültigen Pass angetroffen werden, oder die die Grenze an anderer Stelle als der oder den auf dem Ausweis bezeichneten Stellen überschreiten, können ausgewiesen werden, ebenso diejenigen Personen, die entgegen Artikel 5 ohne polizeiliche Genehmigung ihren Aufenthalt über drei Wochen ausdehnen. Im Falle der Ausweisung wird das Visum ungültig gemacht, der Pass ist zurückzugeben. Das Passvisum kann ferner für ungültig erklärt werden und der Pass eingezogen werden, wenn die Ausschliessungsgründe des Artikels 2 nach Erteilung des Visums eintreten.

Artikel 7.

Vorstehendes Abkommen gilt bis zum 1. Oktober 1921 und gilt solange als verlängert, als es nicht von einer der vertragschliessenden Parteien mit vorausgehender sechsmonatiger Frist gekündigt wird.

KOPENHAGEN, den 23. Oktober 1920.

(gez.) HARALD SCAVENIUS.

(gez.) FRHR. VON NEURATH.

Pour copie conforme :

Copenhague le 12 septembre 1924.

Georg COHN,

Chef du Service danois de la Société des Nations.

ERGÄNZUNGSABKOMMEN¹ ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DÄNEMARK BETREFFEND ERLEICHTERTE PASSVORSCHRIFTEN FÜR DIE BEWOHNER DER DEUTSCH-DÄNISCHEN GRENZGEBIETE, GEZEICHNET IN KOPENHAGEN DEN 12. JULI 1921.

Zur Ergänzung des Abkommens vom 23. Oktober 1920 betreffend erleichterte Passvorschriften für die Bewohner der deutsch-dänischen Grenzgebiete, sind die vertragschliessenden Teile über folgende Bestimmungen übereingekommen :

Artikel 1.

Es ist nicht erforderlich, dass die der Erteilung des Grenzpasses zugrunde liegenden verwandtschaftlichen Beziehungen bereits vor dem Antrag auf Passerteilung bestanden haben. Dagegen können nur solche beruflichen oder geschäftlichen Beziehungen in Anspruch genommen werden, die schon am 23. Oktober 1920 bestanden und für die betreffende Person von Bedeutung sind. Andererseits ist es nicht erforderlich, dass solche beruflichen oder geschäftlichen Beziehungen zu einer Mehrzahl von Personen auf der anderen Seite der Grenze bestanden haben. Personen, die nicht selbst Gewerbetreibende sind, können sich gleichfalls auf ein geschäftliches Interesse berufen, sofern dies darin besteht, eine ehemalige Geschäftsverbindung zwischen Kunden und Verkäufern aufrechtzuerhalten.

Die vertragschliessenden Teile sind insbesondere auch darüber einig, dass Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor dem 23. Oktober 1920 ihre gewöhnliche Arbeitsstelle auf der anderen Seite der Grenze hatten, dazu berechtigt sind, einen Grenzpass zu erhalten, um in der Lage zu sein, unter Beibehaltung ihres Wohnsitzes in dem einen Lande ihre ehemalige Arbeit in dem anderen Lande wieder aufzunehmen.

Artikel 2.

Als Verwandte im Sinne des Art. 1. des Abkommens über die erleichterten Passvorschriften sind anzusehen :

1. Verwandte in auf- und absteigender Linie (Eltern, Grosseltern, Kinder, Kinderkinder, usw.) ;
2. Geschwister ;
3. Schwiegereltern und Schwiegerkinder, Schwäger und Schwägerinnen.

Ferner erhalten Verwandte im zweiten Grade der Seitenlinie den Grenzpass (Onkel, Tanten, Neffen, Nichten, rechte Vettern und Kusinen nebst deren Ehegatten), sofern die betreffenden Personen ausser der Verwandtschaft besondere Beziehungen nachweisen können, z. B. ehemalige regelmässige Besuche oder dergl.

Artikel 3.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass Grenzpässe, sofern die üblichen Bedingungen vorliegen, an alle Einwohner des Grenzgebietes ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit von den zuständigen Behörden dieses Gebietes auszustellen sind. Auch solche Personen, die nur polizeiliche Aufenthaltserlaubnis haben, gelten als Einwohner im Sinne des Abkommens über die erleichterten Passvorschriften. Der Grenzpass darf nicht für einen kürzeren Zeitraum ausgestellt werden, als für die Dauer des Visums vorgesehen ist, ungeachtet dessen, dass hinsichtlich

¹ Cet accord est entré en vigueur au moment de sa signature.

¹ This Agreement came into force on the day of its signature.

solcher Personen, die nur polizeiliche Aufenthaltserlaubnis haben, der Grenzpass nur auf die Dauer dieser Erlaubnis läuft.

Artikel 4.

Die von den zuständigen Behörden der vertragschliessenden Teile ausgestellten Bescheinigungen über das Vorliegen der zur Ausstellung der Grenzpässe erforderlichen Voraussetzungen sind von den Behörden des anderen Staates grundsätzlich anzuerkennen, es sei denn, dass der Verdacht einer Fälschung vorliegt.

Sollten die für das Visum zuständigen Behörden (das Deutsche Konsulat in Apenrade und das Dänische Konsulat in Flensburg) beispielsweise auf Grund von Mitteilungen der Behörden ihres eigenen Landes Grund zur Annahme haben, dass die Bescheinigung einer Behörde des anderen Landes auf unrichtigen Unterlagen beruht oder ist eine solche Bescheinigung unvollständig, so wird das betreffende Konsulat sich mit der ausstellenden Behörde in Verbindung setzen und dieses um nähere Aufklärung der Angelegenheit ersuchen. Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, ihre Behörden anzuweisen, derartigen Ersuchen unverzüglich nachzukommen.

Artikel 5.

Die beiden vertragschliessenden Teile werden ihre Grenzbehörden anweisen, sich miteinander über die Tageszeiten, während derer die Grenzübergangsstellen für den Verkehr geöffnet sein sollen, derart zu verständigen, dass diese Tageszeiten soweit möglich auf beiden Seiten gleich sind. Dabei soll auf die örtlichen Bedürfnisse der Grenzanwohner, soweit irgend tunlich, Rücksicht genommen werden.

Artikel 6.

Dieses Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft und gilt so lange, wie das Abkommen vom 23. Oktober 1920, betreffend die erleichterten Passvorschriften für die Grenzanwohner, in Geltung bleibt.

KOPENHAGEN, den 12. Juli 1921.

(gez.) VON KOERNER.

(gez.) HARALD SCAVENIUS.

(gez.) FRHR. VON NEURATH.

Pour copie conforme :

Copenhague, le 12 septembre 1924.

Georg COHN,

Chef du Service danois de la Société des Nations.

¹ TRADUCTION.

No. 645. — ACCORD CONCERNANT LES FACILITÉS ACCORDÉES AUX HABITANTS DES ZONES-FRONTIÈRES GERMANO-DANOISES, EN MATIÈRE DE PASSEPORTS, CONCLU ENTRE LE DANEMARK ET LE REICH ALLEMAND, SIGNÉ A COPENHAGUE LE 23 OCTOBRE 1920.

Article 1.

Afin de faciliter dans les zones-frontières la circulation des personnes y domiciliées qui sont unies par des liens de famille à des personnes domiciliées dans l'autre zone-frontière, ou entretiennent avec ces dernières des relations professionnelles ou commerciales et qui, pour cette raison, ont besoin de franchir souvent la frontière, des passeports seront établis qui devront être visés par les autorités de l'autre pays. Le titulaire du passeport visé ne sera autorisé à franchir la frontière qu'aux endroits indiqués dans le passeport, qui sera valable pour six mois. Le visa sera accordé à toutes les personnes qui en feront la demande par écrit, à condition que les renseignements figurant dans la demande soient certifiés par les autorités de police compétentes du pays d'origine du requérant. Les autorités compétentes pour délivrer le visa sont le consulat allemand à Abenraa et le consulat danois à Flensbourg.

Pour ce visa, il sera perçu un droit maximum de deux couronnes au Danemark et de cinq marks en Allemagne.

Seront considérées comme zones frontières : au sud de la frontière, les cercles ruraux de Tøndern et de Flensbourg, ainsi que le cercle municipal de Flensbourg ; au nord de la fron-

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 645. — AGREEMENT BETWEEN DENMARK AND THE GERMAN REICH IN REGARD TO INCREASED PASSPORT FACILITIES FOR RESIDENTS IN THE GERMAN-DANISH FRONTIER DISTRICTS, SIGNED AT COPENHAGEN, OCTOBER 23, 1920.

Article 1.

With a view to facilitating the movement, within the frontier districts, of persons who reside therein, and who have close family connections and occupational or commercial relations with persons in the district on the other side of the frontier, and are in consequence frequently under the necessity of crossing the frontier, passes shall be issued and shall be provided with a visa by the authorities of the other country. This visa shall entitle the holders to cross the frontier solely at the crossing places indicated in the pass, and for a period of six months; it shall be obtainable on the submission of a written application, provided that the data contained therein are vouched for by the competent police authorities of the applicant's country. The competent authorities for the granting of such visas shall be the German Consul in Abenraa and the Danish Consul in Flensburg.

The maximum fees which may be demanded for the granting of these visas shall be 2 kronen in Denmark, and 5 marks in Germany.

The term "frontier districts" shall be understood to denote: south of the frontier — the provincial districts (Landkreise) of Tøndern and Flensburg, and the municipal district

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

tière, les districts (Aemter) de Tøndern, Abenraa et Sonderbourg.

(Stadtkreis) of Flensburg ; north of the frontier — the counties (Aemter) of Tøndern, Abenraa and Sonderburg.

Article 2.

Le visa mentionné à l'article 1^{er} sera accordé à toutes les personnes qui en feront la demande, à moins qu'il n'existe des raisons spéciales motivant le refus du visa.

Le visa pourra surtout être refusé :

1. si une instruction judiciaire est en cours contre le requérant ;

2. si le requérant a été condamné par une autorité judiciaire et n'a pas encore purgé sa peine ;

3. si le requérant ne jouit pas de la totalité de ses droits civiques ;

4. si le requérant est placé sous la surveillance de la police ;

5. si le requérant s'est rendu coupable d'une infraction grave aux règlements douaniers ou aux prohibitions d'importation et d'exportation ;

6. si le requérant a été expulsé par l'un des deux Etats ou par la Commission internationale en vertu d'une décision formelle ;

7. si le requérant exerce, au point de vue politique ou social, une activité dirigée contre la sûreté de l'Etat.

La production d'un certificat délivré par les autorités de police du domicile du requérant sera considérée comme preuve suffisante qu'il n'existe aucun des motifs mentionnés ci-dessus aux numéros 1 à 4, pour refuser au requérant le visa du passeport.

Les personnes qui, notoirement, veulent franchir la frontière, non pour l'un des motifs indiqués ci-dessus, mais pour s'établir définitivement dans l'autre pays, ne pourront pas davantage bénéficier des facilités sus-mentionnées.

Article 3.

Si une personne atteinte subitement d'une maladie ou victime d'un accident doit être transportée d'urgence dans un hôpital, ou auprès d'un médecin résidant sur le territoire de l'autre partie, la personne malade ou victime

Article 2.

The passport visas referred to in Article 1 shall be granted to all persons making application, unless there are special reasons to the contrary. The following reasons, in particular, may justify the refusal of the visa :

(1) If judicial proceedings are pending against the applicant.

(2) If the applicant has been judicially sentenced and the sentence has not yet been executed.

(3) If the applicant is not in possession of civic rights.

(4) If the applicant is under police supervision.

(5) If the applicant has been guilty of grave infractions of the Customs Regulations, or of import and export prohibitions.

(6) If the applicant has been expelled in due legal form by either of the two States, or by the International Commission.

(7) If the applicant has acted in a manner prejudicial to the security of the State in regard to political or social matters.

The production of a certificate issued by the police authorities at the applicant's place of residence shall be sufficient evidence that no grounds for refusal exist under headings 1-4 above. Persons in whose case it may be assumed, from external evidence, that they do not really desire to cross the frontier for the purposes alleged, but with a view to permanent residence in the other State, shall be excluded from the privileges referred to above.

Article 3.

When, as a result of sudden illness or of an accident, it becomes necessary to take any person to a hospital, or to a place where he can be given immediate medical attendance, on the other side of the frontier, a doctor's

d'un accident, ainsi que les personnes chargées de l'accompagner, seront autorisées à franchir la frontière en produisant simplement un certificat médical.

Article 4.

Les enfants qui fréquentent une école publique à Flensburg n'auront besoin que d'un certificat de la police attestant qu'ils sont élèves d'un de ces établissements scolaires. De même, les personnes chargées de l'entretien des propriétés municipales que la ville de Flensburg possède à proximité de la frontière en territoire danois, n'auront besoin que d'un certificat de la police indiquant la nature de leurs occupations.

Les certificats seront délivrés par les autorités de police de Flensburg, d'accord avec les autorités de police danoises chargées de la surveillance de la frontière.

Article 5.

Le titulaire du passeport ne pourra séjourner sans interruption dans la zone-frontière de l'autre pays, pendant plus de trois semaines, qu'à condition d'avoir obtenu une autorisation des autorités de police compétentes.

Article 6.

Les titulaires de passeports qui, sans être en possession d'un passeport général régulier se rendront au delà des zones-frontières, ou qui traverseront la frontière à un endroit ou des endroits autres que ceux indiqués sur le laissez-passer, pourront être expulsés, de même que les personnes qui, contrairement à l'article 5, prolongeront leur séjour sans autorisation de la police, après l'expiration du délai de trois semaines. En cas d'expulsion, le visa sera annulé et le passeport devra être rendu. Le visa pourra également être annulé et le passeport retiré si, après la délivrance du visa, il se produit un fait qui, d'après l'article 2, aurait motivé le refus du visa.

Article 7.

Le présent Accord restera en vigueur jusqu'au 1^{er} octobre 1921 et sa validité sera pro-

certificate shall be sufficient authority to enable the said person and those necessarily accompanying him to cross the frontier.

Article 4.

School children attending public schools at Flensburg shall merely require a police certificate to the effect that they are attending one of these schools. Similarly, the persons who are charged with the maintenance of the present Flensburg municipal property on the frontier, in Danish territory, shall merely require a police certificate to the effect that they are engaged on such work.

The certificate shall be issued by the Flensburg police authorities in agreement with the Danish frontier police.

Article 5.

Persons who cross the frontier from one country may not stay continuously in the frontier district of the other country for more than three weeks without the permission of the competent police authorities.

Article 6.

Holders of passes who are found outside the frontier district of the other country without being in possession of an ordinary fully valid passport, or who cross the frontier elsewhere than at the place or places indicated in the pass, may be expelled; the same applies to persons who, in contravention of Article 5, extend their sojourn in the other country to more than three weeks without obtaining police authorisation. In case of expulsion the visa shall be cancelled, and the pass must be surrendered. The visa may also be declared void and the pass itself may be withdrawn if the grounds for exclusion enumerated in Article 2 have arisen subsequently to the granting of the visa.

Article 7.

The present Agreement shall remain in force until October 1st, 1921, and shall be regarded

longée par tacite reconduction jusqu'à ce qu'il soit dénoncé par l'une des Parties contractantes moyennant préavis de 6 mois.

as remaining in force after that date until it is denounced at six months' notice by either of the Contracting Parties.

COPENHAGUE, le 23 octobre 1920.

COPENHAGEN, October 23, 1920.

(Signé) HARALD SCAVENIUS. (Signed)

(Signé) FRHR. VON NEURATH. (Signed)

ACCORD COMPLÉMENTAIRE CONCLU ENTRE L'ALLEMAGNE ET LE DANEMARK, CONCERNANT LES FACILITÉS ACCORDÉES AUX HABITANTS DES ZONES-FRONTIÈRE GERMANO-DANOISES EN MATIÈRE DE PASSEPORTS, SIGNÉ A COPENHAGUE LE 12 JUILLET 1921.

SUPPLEMENTARY AGREEMENT BETWEEN GERMANY AND DENMARK IN REGARD TO INCREASED PASSPORT FACILITIES FOR RESIDENTS IN THE GERMAN-DANISH FRONTIER DISTRICTS, SIGNED AT COPENHAGEN, JULY 12, 1921.

En vue de compléter l'accord du 23 octobre 1920 relatif aux facilités accordées aux habitants des zones-frontières germano-danoises en matière de passeports, les Parties contractantes sont convenues des dispositions suivantes :

The Contracting Parties have agreed upon the following provisions as a supplement to the Agreement of October 23rd, 1920, in regard to increased passport facilities for residents in the German-Danish frontier districts.

Article 1.

Article 1.

Il n'est pas nécessaire que les liens de famille, qui ont motivé la délivrance du passeport spécial réservé aux habitants des zones-frontières, aient déjà existé avant la date à laquelle a été présentée la demande. Le passeport spécial ne pourra, par contre, être délivré à des personnes qui invoquent le motif de relations professionnelles ou commerciales que si ces relations existaient à la date du 23 octobre 1920 et présentent, pour la personne en question, un intérêt considérable. D'autre part, il n'est pas nécessaire que ces relations professionnelles ou commerciales aient existé entre le requérant et un grand nombre de personnes domiciliées dans la zone-frontière de l'autre pays. Les personnes qui n'exercent pas elles-mêmes une profession commerciale ou industrielle, pourront également invoquer un intérêt commercial si celui-ci consiste à maintenir d'anciennes relations commerciales entre clients et vendeurs.

It is not essential that the family relations which are adduced in support of an application for a frontier pass should have existed before the date of the application. On the other hand, vocational or commercial relations can only be adduced if they existed on October 23rd, 1920, and are of importance for the applicant. However, it is not essential that such vocational or commercial relations should have existed with a large number of persons on the other side of the frontier. Persons who are not themselves engaged in business may also base their claim on commercial interests, if these interests consist in the maintenance of previously existing commercial relations between merchants and customers.

Les Parties contractantes conviennent particulièrement d'accorder aux ouvriers et ouvrières qui travaillaient habituellement, avant le 23 octobre 1920, dans la zone-frontière de l'autre pays, le droit d'obtenir un passeport

The Contracting Parties agree, in particular, that workers (both male and female) who were habitually employed at a place on the other side of the frontier prior to October 23, 1920, are entitled to frontier passes in order that, while

spécial réservé aux habitants des zones-frontières, afin de leur permettre de reprendre leur ancien travail sur le territoire de l'un des pays, tout en maintenant leur domicile sur le territoire de l'autre pays.

Article 2.

Seront considérés comme parents, au sens de l'article 1^{er} de l'Accord relatif aux facilités en matière de passeports, les personnes suivantes :

- 1^o les parents en ligne ascendante et en ligne descendante (parents, grands-parents, enfants, petits-enfants) ;
- 2^o les frères et sœurs ;
- 3^o les beaux-parents, les beaux-fils et les belles-filles, les beaux-frères et les belles-sœurs.

En outre, un passeport spécial, réservé aux habitants des zones-frontières, sera délivré aux parents au second degré en ligne collatérale (oncles, tantes, neveux, nièces, cousins germains et cousines germaines, ainsi que leurs conjoints), si les personnes en question peuvent invoquer, outre les liens de famille, l'existence d'autres relations spéciales, par exemple le fait qu'elles se rendaient autrefois régulièrement visite, etc.

Article 3.

Les Parties contractantes déclarent d'un commun accord que les autorités compétentes pourront délivrer un passeport spécial à tous les habitants de la zone-frontière, quelle que soit la nationalité du requérant, si les conditions prescrites se trouvent réunies. Seront également considérés comme habitants, au sens de l'accord relatif aux facilités en matière de passeports, les personnes qui ne sont en possession que d'un permis de séjour délivré par la police. Le passeport spécial réservé aux habitants des zones-frontières ne pourra pas être délivré pour une période plus courte que la période de validité du visa ; en ce qui concerne toutefois les personnes qui ne sont en possession que d'un permis de séjour délivré par la police, le passeport spécial ne sera valable que jusqu'à l'expiration du délai de validité de ce permis.

Article 4.

Les certificats délivrés par les autorités compétentes des Parties contractantes et attestant

still residing in the one country, they may be able to resume their former employment in the other country.

Article 2.

The following persons shall be regarded as relations for the purposes of Article 1 of the Agreement in regard to increased passport facilities :

- (1) Descendants or ascendants (parents, grandparents, children, grandchildren, etc.).
- (2) Brothers and sisters.
- (3) Parents-in-law, children-in-law, brothers-in-law and sisters-in-law.

Collateral relations, in the second degree (uncles, aunts, nephews, nieces, male and female cousins, and their husbands or wives), shall also be entitled to frontier passes, if the persons concerned can adduce special reasons, in addition to their relationship, e.g. that they have been accustomed to pay each other regular visits, etc.

Article 3.

The Contracting Parties are agreed that frontier passes shall be issued to all residents in the frontier districts, without regard to the nationality of the applicants, provided that the customary conditions are fulfilled. Persons who have only received temporary police permits shall also be regarded as residents for the purposes of the Agreement in regard to increased passport facilities. Frontier passes may not be issued for a shorter period than is laid down for the duration of the visa, notwithstanding that, in the case of persons who have only obtained temporary police permits, the passes are only valid for the duration of such permits.

Article 4.

The certificates furnished by the competent authorities of the Contracting Parties to the

que toutes les conditions requises pour la délivrance des passeports spéciaux réservés aux habitants des zones-frontières se trouvent réunies seront, en principe, reconnus valables par les autorités de l'autre Etat, à moins qu'il n'existe un soupçon qu'un faux a été commis.

Dans le cas où les autorités compétentes pour délivrer le visa (le consulat allemand à Abenraa, et le consulat danois à Flensbourg), par suite de renseignements qui leur seraient fournis, par exemple, par les autorités de leur propre pays, auraient des raisons de croire que le certificat a été délivré par une autorité de l'autre pays à la suite de renseignements inexacts, ou si un certificat est incomplet, le consulat en question communiquera ses observations à l'autorité qui a délivré le certificat et lui demandera des renseignements complémentaires. Les deux Parties contractantes s'engagent à prescrire à leurs autorités de donner immédiatement suite à toute demande de cette nature.

Article 5.

Les deux Parties contractantes inviteront les autorités chargées de la surveillance de la frontière à s'entendre entre elles pour fixer les heures pendant lesquelles les bureaux de frontière seront ouverts ; ces heures devront, autant que possible, être fixées de telle manière que les bureaux des deux pays soient ouverts en même temps. A cet effet, il y aura lieu de s'inspirer, autant que possible, des besoins locaux des habitants des zones-frontières.

Article 6.

Le présent Accord entrera en vigueur le jour de sa signature et restera en vigueur aussi longtemps que l'Accord du 23 octobre 1920 relatif aux facilités accordées aux habitants des zones-frontières en matière de passeports.

COPENHAGUE, le 12 juillet 1921.

(Signé) VON KOERNER. (Signed)
 (Signé) HARALD SCAVENIUS. (Signed)
 (Signé) FRHR. VON NEURATH. (Signed)

effect that the conditions requisite for the issue of frontier passes are fulfilled shall, in principle, be accepted by the authorities of the other State, unless there is ground for suspicion of forgery.

If the authorities who are competent for the granting of visas (the German Consulate at Abenraa and the Danish Consulate at Flensbourg) should, for example, have grounds for believing, as a result of information from the authorities of their own country, that the certificate of an authority in the other country is based on incorrect data, or if the certificate should be incomplete, the Consulate in question shall communicate with the issuing authority and shall request further information in regard to the matter. The two Contracting Parties undertake to give their respective authorities instructions that requests of this nature shall be complied with immediately.

Article 5.

The two Contracting Parties shall instruct their respective frontier authorities to come to an agreement in regard to the hours during which the frontier crossing-places shall be open for traffic, and to arrange that the hours in question may, so far as possible, be the same on both sides. In fixing these hours, regard shall be paid, so far as practicable, to the local needs of the frontier residents.

Article 6.

The present Agreement shall come into force as from the time of signature and shall remain valid so long as the Agreement of October 23, 1920, in regard to increased passport facilities for frontier residents, remains in force.

COPENHAGEN, July 12, 1921.